

03.01.2019 **Pressemitteilungen**

## Chirurgen-Sprechstunde: Berufsverband wehrt sich gegen Vorwurf der „Bequemlichkeit“



© istock/Johnrob

### Spitzenverband der Krankenkassen fordert längere Öffnungszeiten

Berlin, 03. Januar 2019 – Mit Nachdruck weist der Berufsverband der Deutschen Chirurgen e.V. (BDC) den Vorwurf einer laxen Arbeitsmoral zurück. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbandes der Krankenkassen Johann-Magnus von Stackelberg sagte kürzlich „Krankheiten richten sich nicht nach den Lieblingsöffnungszeiten der niedergelassenen Ärzte“. Er unterstellt damit,

dass kranke Menschen nicht behandelt würden, weil Fachärzte zu bequem für längere Öffnungszeiten seien. Hintergrund ist die Diskussion um einen Gesetzesentwurf, der einerseits 25 Prozent mehr Praxisöffnungszeiten und andererseits eine Öffnung der Praxen für Notfallpatienten vorsieht.

Niedergelassene Chirurgen und Chirurgeninnen sprechen sich entschieden gegen diese bössartigen und polemischen Unterstellungen aus. Gerade in der Chirurgie ist es eine Selbstverständlichkeit, frisch Verletzte oder akut Erkrankte ohne Verzug sofort – auch ohne Termin – zu behandeln. „Wer kommt schon auf den Gedanken, sich Tage vor einem Unfall vorsorglich einen Termin beim Arzt zu besorgen“, hinterfragt Dr. Jörg-A. Rüggeberg, Vizepräsident des BDC. Es sei eine völlig realitätsferne Sichtweise des Kassenvertreters, denn die meisten niedergelassenen Chirurgen seien als Durchgangsarzte für die Berufsgenossenschaften tätig und hielten ihre Praxen ganztags von 8-18 Uhr, auch mittwochs und freitags, vielerorts auch am Samstag für Notfälle offen. „Chirurgen betreuen selbstverständlich auch ihre operierten Patienten am Wochenende“, so Rüggeberg.

Untersuchungen haben ergeben, dass niedergelassene Chirurgen im Durchschnitt mehr als 50 Stunden arbeiteten. „Derartige Arbeitszeiten sind ohne Mittwoch- und Freitagnachmittage gar nicht vorstellbar“, widerspricht der Chirurgenvertreter Stackelbergs Vorwürfen, dass viele niedergelassene Fachärzte an diesen Tagen nicht geöffnet hätten. „Im Grunde kann uns die Diskussion um Öffnungszeiten und offene Sprechstunden egal sein. Der eigentliche staatlich geplante und von den Kassen als Trittbrettfahrer unterstützte Angriff gilt der Autonomie der Ärzte als Freiberufler, zu dessen wesentlichem Merkmal die freie Gestaltung der Arbeitszeit gehört“, so Rüggeberg.

Letztlich ginge es darum, niedergelassene Ärzte zu Angestellten zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, würde nicht davor zurückgeschreckt, populistische und die Wirklichkeit verleugnende Aussagen in die Öffentlichkeit zu bringen. „Man kann gerne eine offene Diskussion führen, aber Beleidigungen und haltlose Vorwürfe sind schlicht ein schlechter Stil.“